

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Katharina Dröge, Anja Hajduk, Harald Ebner,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/1654 –**

Marktkonzentration im Agrarmarkt stoppen – Artenvielfalt und Ernährungssouveränität erhalten

A. Problem

Aufforderung an die Bundesregierung, abgeschlossene Fusionsverfahren zu überprüfen und somit der Gefährdung des Wettbewerbs auf dem Agrarmarkt und der Ernährungssouveränität der Menschen entgegenzusteuern. Untersagung der Bayer-Monsanto-Fusion aufgrund der Nichtberücksichtigung von Umweltaspekten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/1654 abzulehnen.

Berlin, den 25. September 2019

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Klaus Ernst
Vorsitzender

Thomas Lutze
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Thomas Lutze

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/1654** wurde in der 26. Sitzung des Deutschen Bundestages am 19. April 2018 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nachdem am 21. März 2018 die Übernahme des Unternehmens Monsanto durch die Bayer AG von der EU-Kommission genehmigt wurde und nun nur noch vier Konzerne den Großteil des Marktes für Saatgut und Pestizide kontrollieren, fürchten die Antragssteller eine zu große Konzentration am Agrarmarkt. Die angestrebten Fusionierungen mit Anbietern von Landmaschinen, welche über umfangreiches Datenmaterial verfügen, könnten ein Ende des Wettbewerbes im digitalen Agrargeschäft bedeuten. Es wird befürchtet, Preise für Saatgut, Dünger, Pestizide und schließlich Lebensmittel könnten steigen und die Qualität und Innovation abnehmen. Innovation und Technologie seien jedoch gerade jetzt gefordert, um bei immer schwieriger werdenden klimatischen Bedingungen die Ernährung der Menschen sicherzustellen und Umwelt und Artenvielfalt zu bewahren. Umweltschutz und Wettbewerbsfreiheit seien gleichrangig im EU-Recht verankert. Rechtswissenschaftliche Untersuchungen (Prof. Dr. Boris Paal, Universität Freiburg) kämen zu dem Schluss, die Bayer-Monsanto-Fusion müsse aufgrund bedrohter Umweltschutzziele verhindert werden. Zudem wird die Bundesregierung in der Pflicht gesehen, sich auf europäischer Ebene für das Verbot von Patenten auf Pflanzen und Tiere aus Züchtungen starkzumachen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat den Antrag auf Drucksache 19/1654 in seiner 34. Sitzung am 25. September 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 19/1654 in seiner 16. Sitzung am 26. September 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 19/1654 in seiner 15. Sitzung am 26. September 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Öffentliche Anhörung mit Sachverständigen

Zu der öffentlichen Anhörung, die in der 15. Sitzung am 27. Juni 2018 stattfand, haben die Anhörungsteilnehmer schriftliche Stellungnahmen abgegeben, die in der Zusammenstellung auf Ausschussdrucksache 19(9)91 enthalten sind.

Folgende Sachverständige haben an der Anhörung teilgenommen:

Andreas Mundt, Bundeskartellamt (BKartA)

Prof. Dr. Rupprecht Podszun, Heinrich-Heine-Universität (HHU)

Prof. Dr. Martin Qaim, Georg-August-Universität Göttingen

Prof. Dr. iur. Maik Wolf, Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Justus Haucap, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE)

Dr. Kim Manuel Künstner, SCHULTE RIESENKAMPFF. Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

Prof. Ioannis Lianos, University College London

Das Ergebnis der öffentlichen Anhörung ist in die Ausschussberatung eingegangen. Das Protokoll sowie die eingereichten schriftlichen Stellungnahmen wurden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

V. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 19/1654 in seiner 45. Sitzung am 25. September 2019 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/1654 zu empfehlen.

Berlin, den 25. September 2019

Thomas Lutze
Berichtersteller